

Bezugspreis:
vierteljährlich
Dies 4.50 Mk.
den Postanstalten
zus. (Postgebühren)
4.50 Mk.
Abnahme täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Preis und Verlag
H. Chr. Sommer,
Ditz.

Diezzer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Zahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Einzelgenie:
Die einseitige Seite
oder deren Raum 30 Pf.
Reklamezeile 90 Pf.

Ausgabenreue:
Dies, Rosenstraße 36.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Hein, Bob Gmb

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr 48

Ditz, Dienstag, den 2. März 1920

26. Jahrgang.

Letzte Nachrichten.

Die Abfindung der Hohenzollern.

M. Berlin, 2. März. In der heutigen Sitzung der Reichsversammlung wird der scharf abweisende Standpunkt der sozialistischen Fraktion gegenüber der Abfindung der Hohenzollern diskutiert. Die sozialistische Fraktion ist der Ansicht, dass die Abfindung der Hohenzollern eine Verletzung der Verfassung ist und dass die Reichsversammlung nicht befugt ist, die Abfindung der Hohenzollern zu beschließen. Die sozialistische Fraktion fordert die Reichsversammlung auf, die Abfindung der Hohenzollern abzulehnen.

Gegen eine Auslieferung.

M. Bremen, 1. März. Am Sonntag protestierte der Arbeiterbund für Gerechtigkeit in Bremen in der Börse gegen die Auslieferung des Reiches der deutschen Handelskapitän König vom U-Deutschland. Die Arbeiterbewegung in Bremen ist der Ansicht, dass die Auslieferung des Reiches der deutschen Handelskapitän König eine Verletzung der Verfassung ist und dass die Reichsversammlung nicht befugt ist, die Auslieferung des Reiches der deutschen Handelskapitän König zu beschließen. Die Arbeiterbewegung in Bremen fordert die Reichsversammlung auf, die Auslieferung des Reiches der deutschen Handelskapitän König abzulehnen.

Die Abstimmung im Osten.

M. Berlin, 1. März. August Winnig, Oberpräsident von Preußen, teilt einem Mitarbeiter des Reichs an, dass nach den Verhandlungen von Mitteleuropa im Juli oder August eine Abstimmung in Ostpreußen stattfinden wird. Die Abstimmung in Ostpreußen wird die Entscheidung darüber bringen, ob Ostpreußen ein Teil von Preußen oder ein Teil von Polen sein soll. Die Abstimmung in Ostpreußen wird am 1. September stattfinden.

Der preussische Verfassungsentwurf.

Die preussische Staatsregierung ließ der verfassunggebenden Preussischen Landesversammlung den Entwurf einer Verfassung für Preußen zugehen.

Abchnitt 1 des Entwurfes. Der Staat, lautet: Preußen ist eine Republik und ein Glied des Deutschen Reiches. Dem Abchnitt 2 Staatsgewalt, ist folgendes entnommen: Der Träger der Staatsgewalt ist die Versammlung des Volkes. Das Volk gibt seinen Willen über Staatsangelegenheiten durch den von ihm gewählten Landtag kund. Das Staatsministerium führt im Namen des Volkes die Regierung.

Im Abchnitt 3, Landtag, heißt es: Der Landtag wird in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundgesetzen der Verfassung gewählt. Der Landtag muss ein Sonntag oder ein öffentlicher Ruhetag sein. Wahlberechtigt sind die über 20 Jahre alten deutschen Männer und Frauen, die in Preußen wohnen. Wähler sind die Wahlberechtigten, die das 25. Lebensjahr vollendet haben. Das Nähere bestimmt das Wahlgesetz. Der Landtag wird auf vier Jahre gewählt. Das Staatsministerium kann den Landtag auflösen. Nach Ablauf der Wahlperiode oder nach erfolgter Auflösung müssen Neuwahlen innerhalb 60 Tagen stattfinden. Nach erfolgter Neuwahl tritt der Landtag spätestens am dreizehnten Tage zusammen. Er wird vom Präsidenten des letzten Landtages berufen. Im letzten Landtag versammelt sich der Landtag in jedem Jahre am ersten Mittwoch im November am Sitz der Regierung. Der Präsident des Landtages muss ihn früher berufen, wenn es das Staatsministerium oder mindestens ein Drittel der Mitglieder des Landtages verlangt.

Die Vollziehungen des Landtages sind öffentlich. Auf Antrag von mindestens 50 Abgeordneten kann der Landtag die Ausschließung der Öffentlichkeit für einzelne Gegenstände der Tagesordnung beschließen. Die Verhandlung über den Antrag erfolgt in geheimer Sitzung. Der Landtag hat das Recht und auf den Antrag von einem Drittel seiner Mitglieder die Pflicht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Berichte und Verwaltungsberichte sind verpflichtet, dem Landtag zu liegen. Dieser Ausschuss hat die Aufgabe, die Rechte der Bürger zu schützen und die Verwaltung zu überwachen. Der Landtag beschließt zur Wahrung der Rechte der Volksgemeinschaft gegenüber der Regierung für die Zeit zwischen der Tagung und zwischen der Wiedervereinigung der Wahlperiode oder der Auflösung des Landtages und dem Inkrafttreten des neuen Landtages einen neuen Ausschuss. Dieser Ausschuss hat die Aufgabe, die Rechte der Volksgemeinschaft zu schützen und die Verwaltung zu überwachen.

Abchnitt 4. Das Staatsministerium, besagt u. a.: Das Staatsministerium besteht aus dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern. Der Ministerpräsident des Landes beruft den Ministerpräsidenten und bestimmt die Aufgaben der Regierungspost. Er führt im Ministerium, dem sämtliche Staatsminister angehören, den Vorsitz. Seine Stimme gibt bei Abstimmungen im Falle von Stimmengleichheit den Ausschlag. Er bestimmt seinen Vertreter für den Fall der Verhinderung. Im übrigen sind der Ministerpräsident und die Staatsminister gleichgestellt. Das Staatsministerium vertritt den Staat nach außen. Es ernannt die Beamten und Mitglieder des Reichsrates, soweit diese nicht gemäß Artikel 63 der Verfassung des Deutschen Reiches von den Provinzialverwaltungen bestellt werden. Das Staatsministerium ist im Namen des Volkes das Recht der Ernennung aus. Zugunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurteilten Ministers kann dieses Recht nur nach Antrag des Landtages ausgeübt werden. Allgemeine Anträge des Landtages dürfen nur auf Grund des Gesetzes erfolgen. Das Staatsministerium als solches und jeder einzelne Staatsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Volkes, das dieses durch den Landtag bekundet. Der Landtag kann dem Staatsministerium oder

einzelnen Staatsministern durch ausdrücklichen Beschluss das Vertrauen entziehen. Der Antrag auf Stellung der Frage, ob ein Staatsminister das Vertrauen der Landesversammlung besitzt, muss von mindestens 30 Abgeordneten unterzeichnet sein. Über die Vertrauensfrage muss namentlich abgestimmt werden. Ein Beschluss auf Entziehung des Vertrauens ist nur wirksam, wenn ihm mindestens die Hälfte der Abgeordneten zustimmt, aus denen zur Zeit der Abstimmung der Landtag besteht. Wird der Beschluss gefasst, so müssen die davon betroffenen Minister zurücktreten. Das Recht der Auflösung des Landtages steht dem Staatsministerium in seiner Gesamtheit oder ein Staatsminister die Vertrauensfrage stellt. Der Landtag ist berechtigt, jeden Minister vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen, dass er schuldhafterweise die Verfassung oder die Gesetze verletzt habe. Der Antrag auf Erhebung der Anklage muss von mindestens 100 Mitgliedern des Landtages unterzeichnet sein und bedarf der Zustimmung der für Verfassungsänderungen vorgesehenen Mehrheit.

Nach Abschnitt 5, Gesetzgebung, steht das Recht, Gesetze vorzuschlagen, dem Landtag und der Regierung zu. Aus dem Abschnitt 6, Finanzwesen, ist hervorgehoben: Zur Abdeckung der Ausgaben von finanzieller Bedeutung wird ein Finanzrat gebildet. Dem Finanzrat gehören an: 1. die nach Artikel 63 der Reichsverfassung von den Provinzialverwaltungen bestellten preussischen Mitglieder des Reichsrates, 2. kraft amtlicher Stellung für die Dauer des von ihnen bekleideten Amtes der Präsident der Oberrechnungskammer, der Präsident der Preussischen Staatsbank (Seehandlung), der Präsident der Hauptverwaltung der Staatsschulden und der Präsident der Generalgenossenschaftskasse, 3. durch den Landtag zu wählende Mitglieder, die an Zahl mit den unter 2. genannten so viel betragen müssen, wie die unter 1. aufgeführten Mitglieder. Die Zustimmung des Finanzrates ist erforderlich: 1. wenn der Landtag Ausgaben beschließen will, die über einen von der Staatsregierung vorgezeichneten oder bewilligten Betrag hinausgehen, 2. für neue Steuern, 3. für die Aufnahme von Anleihen und die Übernahme von Bürgschaften und 4. für Ausgaben, für die noch keine Deckung vorhanden ist oder für die die Deckung durch Anleihen erfolgen soll.

Abchnitt 7, Selbstverwaltung, bestimmt: Den politischen Gemeinden und Gemeindeverbänden wird das Recht der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten unter einer gesetzlich geregelten Aufsicht des Staates gewährleistet. Der Abchnitt 8 handelt von den Staatsbeamten. Nach Abschnitt 9, Übergangs- und Schlussbestimmungen, können Änderungen der Verfassung nur beschlossen werden, wenn wenigstens zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtages zustimmen. Alle öffentlichen Beamten sind auf die Verfassung zu vereidigen.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 27. Februar 1920.

Zur Beratung steht der Antrag Schmieding (Zentr.) auf Bewilligung von Vorkostenzuschüssen zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Ein Regierungsvertreter weist darauf hin, dass der Antrag schon aus dem September v. J. kamme. Seitdem sind sehr große Reichs-, Staats- und Gemeindegeldmittel zur Verringerung der Wohnungsnot zur Verfügung gestellt worden. Davon entfallen auf Preußen nicht weniger als 785 Millionen Mark. Der Antrag dürfte dadurch überholt sein.

Abg. Dr. Heß (Zentr.): Die Ausbringung weiterer Mittel wird, wie ich höre, in der Woche geplant, dass eine Festeuerung der Mieten nach der Zimmerzahl erfolgen soll. Das wäre nicht unbedenklich, denn es ist nicht gesagt, dass die Inhaber größerer Wohnungen zugleich auch die Leistungsfähigkeit sind. Es wird jedenfalls die Leistungsfähigkeit mit in erster Linie zu berücksichtigen sein.

Abg. Dr. Jahn (D.-Natl.): Ich zweifle, ob die bisherigen Vorkostenzuschüsse immer richtig verwendet worden sind. Die Mietersteuer würde den Stempel der Ungerechtigkeit an sich tragen. Die Regierung muss Stellung nehmen gegen die fortgesetzte Preissteigerung der Vorkosten und gegen das Schiebertum.

Abg. Wendt-Bromberg (Soz.): Die letzten Vorschläge würden darauf hinauslaufen, dass Holz, Kohlen und Eisen in Preußen teurer werden würden.

Abg. Schürer (Dem.): Auch wir haben gegen die Mietersteuer die schwersten Bedenken.

Nach einer weiteren Aussprache wird der Antrag als erledigt erklärt.

Es folgt die Beratung des Antrages Wösch auf Einführung eines einjährigen zehnjährigen hauswirtschaftlichen Unterrichts für alle Mädchen als Grundlage der in der Reichsverfassung vorgesehenen Fortbildungsschule. Bei der Abstimmung über die Ausfertigung ergibt sich die Beschlussfähigkeit des Hauses. Anwesend sind nur 150 Mitglieder. Nächste Sitzung 4.30 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung steht der Antrag des Haushaltsausschusses, die Regierung möge im Staatsanwaltschaftsbehörden eine Reform der Reichs-Verfassung in der Ordnung ausgearbeitet werden, zur Beratung. Der Antrag geht an den Ausschuss für Verfassungspolitik. Fortsetzung Samstag.

Deutschland.

O Die Nationalversammlung ist am 28. Februar die zweite Sitzung des Reichsvereins der Reichs-Verfassung. Die Debatte bestand in der Hauptsache aus Reden der Parteien gegeneinander, ohne dass neue Gesichtspunkte in der Sache selbst zu Tage gefördert wurden.

O Der Rücktritt des Reichswehrministers Bell ist nun zum 1. April so gut wie sicher. An seine Stelle wird der preussische Reichswehrminister Oesterlin treten. Für Dr. Bell sollte auf Wunsch des Zentrums ein anderer Ministerposten in Aussicht genommen werden. Dr. Bell hat sich jedoch bereit erklärt, auf einen solchen Posten zu verzichten.

O Krise im Preußen-Ministerium. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat sich gemeinsam mit der sozialdemokratischen Fraktion der preussischen Landesversammlung mit der vom preussischen Finanzminister Dr. Sadekum der Landesversammlung unterbreiteten Vorlage über die Abfindung des ehemaligen Königs von Preußen und deutschen Kaisers beschäftigt. Es kam dabei die Meinung zum Ausdruck, dass diese Vorlage nicht die Zustimmung der Sozialdemokratie finden könne, sondern von ihr abgelehnt werden müsse. Die Situation hat sich dadurch gestaltet, dass die Stellung des preussischen Finanzministers Dr. Sadekum nicht nur innerhalb seiner Partei, sondern auch als Minister stark erschüttert ist. Man dürfte versuchen, die ganze Angelegenheit nunmehr im Wege der Reichsgesetzgebung zu regeln.

O Erzberger. Der Parteivorstand des Zentrums hielt im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab. Es kamen dabei verschiedene Parteiangelegenheiten zur Sprache. Unter anderem wurde auch die Erzbergerfrage erörtert. Wie die R. V. hört, wird der Parteivorstand eine offizielle Erklärung über diese Angelegenheit veröffentlichen. Die Reichs-Zeitung bringt die Mitteilung, dass Oberbürgermeister Adenauer (Aöln) als Reichsfinanzminister angetreten ist. — Dazu schreibt die R. V.: Es ist richtig, dass im Reichstage am Freitag die Kandidatur vielfach besprochen wurde. — Unter der Spitzmarke „Erzbergers Glück und Ende“ bringt der Bayerische Kurier, das führende Organ des bayerischen Zentrums, einen eigenen Drahtbericht aus Berlin, worin es heißt: Die Meldung, dass Reichsfinanzminister Erzberger spätestens unmittelbar nach der Beendigung des Heiserich-Prozesses den Rücktritt nehmen wird, bestätigt sich. In politischen Kreisen verlautet übrigens, dass die nationalen Parteien in der Nationalversammlung Erzberger nicht mehr zu Wort kommen lassen würden. Eine Gefahr bildet auch die Weigerung der Beamten des Reichsfinanzministeriums, weiter unter Erzberger ihr Amt zu versehen.

Partei-politisches.

Demokratischer Schulausschuss. Die Bildung eines besonderen Schulausschusses der Deutschen Demokratischen Partei hat sich als ein Bedürfnis herausgestellt. Im selben alle Fragen, die sich auf die Schule beziehen, sowohl auf die Volksschule wie auf das höhere Schulwesen, zur Berichterstattung überwiegen werden. Die Bildung dieses Schulausschusses ist schon deshalb erforderlich, damit ein besonderer Ausschuss vorhanden ist, der eigene Vertreter zur Reichsschulkonferenz ernennen kann. In den anderen Parteien haben sich zum Teil die Lehrer schon zu besonderen Organisationen zusammengeschlossen und für eine entsprechende Vertretung auch in der Reichsschulkonferenz gesorgt. Eine gemeinsame Vertretung der Lehrer aus den demokratischen Fraktionen der Nationalversammlung und der Preussischen Landesversammlung beriet über die vorbereitenden Schritte für die Bildung des Schulausschusses.

Der Völkerbund.

— Wilson und die Entente. Nach einer Neuentdeckung erhob Präsident Wilson in seiner Rede gegen das französisch-englische Abkommen vom 14. Februar Einspruch. Er erklärte, er müsse die Zurückziehung des Versailler Friedensvertrags und des Vertrags mit Frankreich ernstlich in Erwägung ziehen, und fragt, ob es die Ansicht Großbritanniens und Frankreichs sei, im Zukunft die verschiedenen europäischen Fragen selbst zu erledigen. In diesem Falle möchten sie das Ergebnis den Vereinigten Staaten mitteilen. Die in London versammelten Entente-Vertreter haben die Antwortnote ausgearbeitet. Zu ihr ziehen Lloyd George und Kitti ihre Vorschläge vom 9. Dez. und 20. Jan. zurück; sie erziehen den Präsidenten Wilson, sich ihnen anzuschließen und gemeinsam die italienische und jugoslawische Regierung einzuladen, über ein gegenseitiges Abkommen zu unterhandeln, das auf der Zurückziehung der früheren Vorschläge beruhen soll. Sollte dieser Vorschlag scheitern, so müssten die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich gemeinsam neuerdings die Frage gemeinsam prüfen. Über den Londoner Vertrag hängt die Note, dass die italienische Regierung um der britischen und französischen Verhandelt habe, um an Stelle des Londoner Vertrages ein Reglement zu setzen, das dazu ansetzt sei. Italien und Jugoslawien gleichzeitig zur Verfügung stellen. Die Alliierten wollten dieses Reglement verweigert zu sehen, aber sie konnten keine Ungleichheit darüber aufkommen lassen, dass, falls ein Reglement dieser Art, das auf einem gegenseitigen und freiwilligen Abkommen beruhen würde, nicht zu Stande komme, der Londoner Vertrag die einzige für sie vorzuziehende Alternative sei. — Der neue amerikanische Staatssekretär des Äußern Coghly erklärte in einer Unterredung, dass er mit dem Standpunkt Wilsons bezüglich des Völkerbundes und anderer Fragen völlig übereinstimme, er wünsche sich aber vorläufig über seine politische Gesinnung nicht zu äußern. — Der Pariser Herald meldet aus Washington: Präsident Wilson ist seit Montag voriger Woche bettlägerig. Sein Zustand hat sich erneut verschlimmert. Was man auf die Aufregung gelegentlich des Rücktritts Wilsons zurückführt. Die Ärzte nahmen eine Untersuchung des Präsidenten vor, dem sie strengste Ruhe verordneten. Wilson darf weder Besuche empfangen, noch Staatsakte erledigen.

Frankreich.

Der Eisenbahnerstreik. Die Auslandsbewegung scheint keine nennenswerten Fortschritte gemacht zu haben. In Regierungskreisen gibt man die Zahl der Ausreisenden mit etwa 120.000 bis 130.000 an, die außer der Paris-Lyon-Mittelmeerbahn auch den Ost- und Nordbahnen sowie der Orleansbahn angehören. Das wäre etwa ein Drittel der französischen Eisenbahngestellten. In Kreisen, die dem allgemeinen Arbeiterverband nahe stehen, erklärt man, es streikten etwa 220.000 bis 230.000 Arbeiter. Der allgemeine Arbeiterverband hat den Preisvertretern eine Erklärung abgeben lassen, aus der hervorgeht, daß man sogar mit der Möglichkeit einer friedlichen Beilegung rechnet. Die in Aussicht genommenen Verhaftungen scheinen als jetzt nicht durchgeführt worden zu sein, nur in Vignon wurde ein Arbeiter festgenommen, der seine Kollegen zum Ungehorsam verleiten wollte. — Der Eisenbahnerstreik hat auch verschiedene Sympathiestreiks hervorgerufen. — Die Regierung brachte in der Kammer einen schleunigen Gesetzentwurf ein, in welchem der Regierung das Recht zur Regulierung aller Verkehrsmittel und aller für die Verkehrsnot notwendigen Maßnahmen im Falle eines Stillstandes der Eisenbahnen gegeben wird. Im Verlaufe der Debatte sagte Ministerpräsident Millerand, man befürchte sich nicht einem Lohnkampf gegenüber, sondern habe es mit einer revolutionären Bewegung zu tun. Es dürfe keine Korporation geben, und möge sie auch noch so bedeutend sein, die das Recht habe, sich gegen die Nation zu wenden. Außerdem hat die Regierung einen Mobilisationsbefehl an die Eisenbahner erlassen. — Die Minister und Staatssekretäre hielten unter Vorsitz Millerands einen Kabinettsrat ab. Der Handelsminister und die Staatssekretäre für Ernährung legten eine Verordnung vor über Nationalisierung in den Restaurants und Speisehäusern. Wenn die Lage sich nicht bessert, hat man die Wiedereinführung von zwei stichlosen Tagen ins Auge gefaßt.

Vermischte Nachrichten.

Deutschlands Ausverkauf. Für 1000 Mark ließ sich in einer bekannten westdeutschen Stadt ein Holländer einen Anzug machen — 26,66 Gulden — 42,30 Mark Friedenswert. Deutsche Eier wandern jetzt massenhaft über die holländische Grenze, wo sie mit 2,50 bis 3 Mark, — 7,5 Gts. — 12,75 bis 15,30 Pfennige Friedenswert bezahlt werden.

Uns Provinz und Nachbargebieten.

1. März. An den beiden städtischen Handelsschulen, der öffentlichen wie der höheren, beginnt, wie schon bekannt gegeben, das neue Schuljahr Dienstag, den 20. April. Anmeldungen können schon jetzt bei dem Direktor der städtischen kaufmännischen Schulen (Hofmarkt 15) angebracht werden, durch den auch jede gewünschte Auskunft erteilt wird (mündlich werktäglich 11—12 Uhr). Die Handelsschulen haben bekanntlich den Zweck, jungen Leuten, die sich dem Kaufmannsberuf oder einer ähnlichen Tätigkeit widmen wollen, vor dem Eintritt ins Geschäft eine zweckmäßige Vorbildung zu vermitteln und an ihrer Erziehung zu tüchtigen Menschen und Staatsbürgern mitzuwirken. Aufnahmebedingung für die öffentliche Handelsschule ist gute Volksschulbildung, für die höhere Handelsschule die Reife für die Obersekunda oder der Besitz des Abschlußzeugnisses einer zehnklassigen höheren Mädchenschule. Beide Schulen haben vollen Tagesunterricht mit 30 bis 34 Stunden wöchentlich. Unterrichtsgegenstände sind: Handelskunde und Schriftverkehr, Rechnen, Buchführung, Bürger- und Lebenskunde, Deutsch, Englisch, Wirtschaftskunde, Schreiben, Kurzschrift, Turnen und Jugendspiele — außerdem für die Schülerinnen der öffentlichen Handelsschule Hauswirtschaft und für die Besucher der höheren Handelsschule französische und englische Briefwechsel sowie Volkswirtschaftslehre. Der erfolgreiche Besuch einer der beiden Handelsschulen berechtigt zur Verpflichtung zum Besuch der kaufmännischen Pflichtfortbildungsschule. Die Dauer des Lehrganges beträgt an der öffentlichen Handelsschule 1 1/2 Jahre, an der höheren Handelsschule 1 Jahr, das vierteljährliche Schulgeld an der ersten 40 Mark, an der letzteren 50 Mark für einheimische, 60 Mark für auswärtige Besucher. Für besonders bedürftige Schüler und Schülerinnen kann das Schulgeld ermäßigt oder auch ganz erlassen werden.

2. Der Schiffsverkehr auf dem Rhein entwickelt sich, wegen des günstigen Wasserstandes, andauernd glänzend. Selbst die größten Dampfschiffe können volle Ladung aufnehmen, ohne daß eine zu starke Strömung die Bergfahrt erschwert. Täglich fahren viele Schleppzüge mit 10 bis 15 beladenen Bergwärts-Dampfern mit 3 bis 7 schwer beladenen Mähnen kann man vielerorts sehen. Ein Schleppzug mit 7 Mähnen hat bei voller Ladung rund 150.000 Zentner an Bord, wofür 25 Güterzüge mit je 30 Wagen bei der Eisenbahn erforderlich wären. Die Nachfrage nach leeren Schiffen ist sehr lebhaft.

3. Aus dem Taunus, 1. März. Zum erstenmal seit langen Jahren wurden im Ganderberg-Waldgebiet wieder Wildschweine beobachtet. Die Tiere, freischwärmend, waren so feig, daß sich ihrer eine Frau mit einem Stod erschrecken mußte.

4. Oberursel, 2. März. Auf der Hohenmark wurden zwei junge Burschen aus Kriemhildsheim angehalten, die in ihren Knäusen große Mengen Kupferleistungsbatterien mit sich führten. Es stellte sich heraus, daß die Burschen den Trakt von Fernsprechleitungen abgeschnitten hatten, wobei der Fernsprechverkehr mit verschiedenen Taunusorten unterbrochen ist. Die Drähte sollten an einen Kaufmann Händler verkauft werden.

5. Cassel, 1. März. Auf Befehl des Reichswehrministeriums wurde der Geschäftsführer des deutsch-nationalen Volksvereins Cassel-Stadt, Kaufmann Georg Erbe, in Zuchthaus genommen, weil er dringend verdächtig ist, durch Erloß und Verbreitung des Flugblattes „Verzicht willkommen in der Heimat, ein Wort an die Heimkehrer“ in staatsgefährlicher Weise gegen die Regierung gehandelt und dadurch die öffentliche Ordnung gefährdet zu haben.

6. Worms, 1. März. Die Kaufleute Ernst Schmidt und Gustav Friedrich aus Mainz fahren am Sonntag in schneller Fahrt mit ihrem Auto nach Mainz zurück. In einer scharfen Kurve überschlug sich der Wagen und begrub die Insassen unter sich. Beide Insassen wurden tödlich verletzt. Christ nach schon nach wenigen Augenblicken.

7. Bad Homburg v. d. H., 29. Febr. In der Generalversammlung der A.-G. wurde eine Einigung mit dem bisherigen Generaldirektor Beldinger, dem eine nicht genügende Wahrung der Gesellschaftsinteressen vorgeworfen war, erzielt. Beldinger scheidet aus der Gesellschaft aus, die gegen ihn anhängig gemachten Prozesse werden niedergeschlagen.

8. Langerheim, 1. März. Der mehrheitssozialistische Bürgermeister Württemberg, der seit Monaten der schwersten Verleumdungen im Amt beschuldigt wurde, ohne daß die Behörden eingriffen, ist jetzt vom Amt suspendiert worden. Wegen dieses Bürgermeisters steht auch ein Prozeß des hiesigen Staatsanwalteramts gegen ein Darmstädter bürgerliches Blatt,

das besonders scharf die Langerheimer Zustände kritisiert, und behel auch dem Ministerium Unzufriedenheit und Beschuldigungspostill in der Befolgung der Äußerung vorgelegt hatte.

Aus dem Unterlahngebiet.

1. Gesundheitsstand. Von übertragbaren Krankheiten wurden in der Woche vom 22. bis 28. Februar gemeldet: Aus Bad Ems ein Todesfall an Lungentuberkulose, 7 Erkrankungen an Grippe, aus Heidenbach ein Todesfall an Lungentuberkulose, 1 Erkrankung an Diphtherie, aus Eppendorf 1 Erkrankung und Tod an Diphtherie, aus Giershausen 1 Erkrankung an Diphtherie.

2. Schwurgericht Limburg. Bei der Austellung der Geschworenen zu der am 15. März beginnenden Schwurgerichtsperiode wurden folgende Personen aus dem Unterlahngebiet ausgelost: Kaufm. Heint. Kautz-Bad Ems, Bürgerm. Albert Gessig, Pöndorf Wilh. Seel-Friedrich, Färberbesitzer Wilh. Kange-Zieg, Heide, Marzall b. Vieberstein-Gahnschütt, Bonow Wilh. Grohmann-Landenburg, Landw. Joh. Heint. Hermann-Bad Ems.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Viederabend. Nach langer Pause werden wir heute abend wieder einmal ein Konzert in Bad Ems haben. Eine junge Sängerin, Frä. Paula Düssel, Rötter wird im „Räufchenhof“ Lieder und Arien klassischer, romantischer und moderner Komponisten singen. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Künstlerin mit ihrem wohlangelegten hohen Sopran bereits in Westdeutschland (u. a. auch Solingen) und Berlin eine Reihe von Konzerten erfolgreich absolviert. Die Begleitung hat Herr Priester übernommen. Der Kartenverkauf befindet sich in der Pfefferkuchen-Buchhandlung. Das Konzert beginnt um 8 Uhr.

Fußball. Nach vorausgegangenem Spiel der 3. Mannschaft gegen die Jugendmannschaft (3:1 Tore zu Gunsten der 3. Mannschaft) kam das angekündigte Spiel der ersten Mannschaften S. B. Oberlahnstein — S. B. Bad Ems 0:0 zum Austrag. In christlichem Wettspiele fanden sich zwei gleichwertige Spielkräfte Mannschaften gegenüber, und den Sieg, den unsere Emser Mannschaft errang, mußte sie teuer erkämpfen. Zunächst wogte das Spiel hin und her und an gefährlichen Momenten mangelte es an beiden Toren nicht. Beide Verteidigungen arbeiteten sicher und ruhig. Nach 22 Minuten gelangt der Emser Mannschaft ein Durchbruch, der das erste Tor bringt, nach weiteren 14 Minuten folgt unsere Ems der Gast das zweite Tor. Mit 2:0 Toren für Ems wird der Platzwechsel vorgenommen. Nun reißt sich Oberlahnstein mächtig zusammen und vermag das Eigentor zu fassen. Mit diesem Resultat 2:1 zu Gunsten des S. B. 09 endet das interessante Spiel. Jeder Spieler der Emser Mannschaft leistete vorzügliches und durchwegs verdienstliches. Der linke Außenstürmer Louis Sauerbrei und der Verteidiger Hans Knipper besonders hervorgehoben zu werden. Die Leitung des Spieles die durchaus unparteiisch, bezeichnet werden muß, lag in Händen des Verbandsschiedsrichters Wolf Wölter, hier.

Transportarbeiterverband. Die hiesige Ortsgruppe des deutschen Transportarbeiterverbandes wählte am Sonntag in gut besuchter Versammlung den neuen Vorstand. Die einzelnen Ämter sind jetzt folgendermaßen verteilt: Vorsitz: H. Zimmermann, Kassierer: A. Müller, Schriftführer: Christ. Brühl, Beisitzer: Heint. Ludwig.

1. März. Von herrlichem Wetter begünstigt, trafen sich am letzten Sonntag die 1. Mannschaft vom Sportverein Dausenau mit der gleichen Mannschaft des Sportvereins Seelbach. Das Spiel, welches einen durchaus musterhaften Verlauf nahm, endete mit 9:0 zugunsten des Sportvereins Dausenau.

Frucht, 29. Febr. Als letzter aus französischer Gefangenschaft kehrte am Freitag Will. Klederscheid zur Freude seiner Angehörigen und der ganzen Einwohnerschaft zurück. Leider ist von den sechs Kriegsgefangenen einer nicht zurückgekehrt: Eugen Wittenstein; er starb in englischer Gefangenschaft. Der aus Fracht gebürtige und in Friedrighsheim wohnhafte Emil Heide starb in französischer Gefangenschaft. In unserem Ort hat der Krieg neun Opfer gefordert. Ihre Namen danken! — Bei der letzten Holzverksteigerung im Steinischen Wald wurden von Privatleuten 400 — 500 Mark für das Material Holz geboten.

Beckeln, 2. März. Endlich schenkt unser Dorf aus seinem Dornröschenschlaf erwachen zu wollen. Nach vielen Vorbesprechungen denkt man ernstlich daran, eine Wasserleitung zu bauen. Da das Landratsamt seine Einwilligung dazu gegeben hat, dürfen die Vorarbeiten in den nächsten Wochen beginnen. Die Kosten der Leitung sind auf 750.000 Mark veranschlagt, die durch eine einmalige Holzfällung gedeckt werden sollen. Sehr zu bedauern wird der Bau der Leitung dadurch, daß durch eine feindtätige Bombe das Leitungsraster aus dem Tafe geholt werden muß.

Aus Nassau und Umgegend.

Der Gewerbeverein gab am Samstag im Hotel Müller seit etwa 5 Jahren seinen Mitgliedern den ersten Vortragsabend. Der Besuch desselben war leider nicht so, wie man es gerne gewünscht hätte. Als Vortragender war Lehrer Rudolf Dietz aus Wiesbaden gewonnen worden. Er trug ernste und heitere Dichtungen aus seinen eigenen Werken vor, die allgemeinen Anklang fanden.

Elternbeiratswahl. In der zweiten Elternbeiratswahl wurden folgende Herren als Wahlvorstand gewählt: Christian Arzt, Ludwig Busch, Rektor Gaus, August Kurz, Theodor Ringel, Georg Lamb. Die Wahl findet am 15. März statt. Es sind sieben Kandidaten als Mitglieder des Elternbeirats zu wählen. Die Kandidatenlisten, die mindestens sieben Namen enthalten und mindestens zwanzig Unterschriften von Wahlberechtigten tragen müssen, sind bis zum Donnerstag, den 4. März, abends 8 Uhr, dem Leiter der Schule, Rektor Gaus, einzureichen. Die Eltern der Schüler werden gebeten, sich an der Aufstellung der Listen, sowie an der Wahl rege zu beteiligen.

Fußball. Auf dem hiesigen Sportplatz begegneten sich am Sonntag die 1. Mannschaft „Jung-Deutschland“ Witten mit der 2. Mannschaft der „Rachovia“. Das herrliche Wetter begünstigte das Spiel sehr. Die noch junge Witten-Mannschaft gab ihr Bestes, mußte aber schließlich den überlegenen Nassauer „El“ mit 3:0 den Sieg überlassen.

Wanderung. „Wie das Wetter wird am Sonntag sein, stellt sich meist am Freitag ein“, dieses Sprichwort war für den vergangenen Sonntag gottlos nicht Wahrheit geworden und im Gegensatz zum regnerischen Freitag, schien am Sonntag die liebe Sonne so schön, als wenn mit einemmal ganz und gar Frühling geworden sei. Die Wanderung des Taunusklub Ortsgruppe Nassau, hatte deshalb auch Alt und Jung, hinaus in die Ferne, aber soweit war es ja gar nicht, gelockt. Mit dem Mittagszug fuhr man bis Laubach. Von dort führte der Weg über Dörnberg, wo gut bürgerlicher Sonntagskaffee mit dem Nötigen (was ja auch nur das Land bietet) getrunken wurde, nach dem altschönen Gortepunkt. Welcher Ortmat-

freund kennt nicht das wunderschöne Bild, das sich dem Auge von hier aus bietet. Immer und immer wieder wird er entzückt sein. So erging es auch den Teilnehmern der Sonntagswanderung, die von hier aus im Pled mit Mandolinen- und Gitarrebegleitung der schönen Mädchen ihre Ausbildung brachten. Nach dem Wäldchen nach Oberhof hinunter verbrachte man noch einige Zeit in diesem schönen Nachbargarten, bis die Stunde zur Heimkehr geschlagen hatte, das Bewußtsein mitnehmend, wahrhafte Sonntagserholung gehabt zu haben.

Aus Diez und Umgegend.

Missionsgottesdienst. Anstelle der Passionsandacht findet morgen (Mittwoch), abends 8 Uhr in der hiesigen evangelischen Kirche ein Missionsgottesdienst statt, bei dem Missionsprediger Pottmann aus Darmstadt, der 13 Jahre auf der Goldküste als Missionar tätig war, die Predigt halten wird.

Die Faschingsfeier! Einmaliges Gastspiel des süddeutschen Operettentheaters im „Hof von Holland“ hier. Nun hält sie auch bei uns ihren Einzug, die Königin der modernen Operette „Die Faschingsfeier“. Wer kennt nicht schon seit geraumer Zeit die reizenden Melodien dieser Operette wie z. B.: „Thae Schuld sind doch die armen Frauen“, „Krautlein geblüht“, „Gießer Himmelwäter sei nicht böse“ u. a. m., überall hört man sie singen und pfeifen. „Hält“ ich doch gefolgt dem Großvater“, „Gießer Himmelwäter sei nicht böse“ u. a. m., überall hört man sie singen und pfeifen. Die Faschingsfeier ist in der am kommenden Freitag, 5. März, abends 8 Uhr im Hof von Holland durch das, wie man uns mitteilt, vortreffliche Ensemble des süddeutschen Operettentheaters kennen zu lernen. Die entzückende Operette mit ihrer preisbeladenen Musik von dem weltberühmten Komponisten Emmerich Kalman, erzählt überall jubelnden Beifall und unzählige ausverkaufte Häuser. Man wird dieserhalb gut tun, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten in der Vorverkaufsstelle Buchhandlung Wiedel, zu versehen. (Näheres siehe Anzeige).

Der Turn- und Sportklub hielt am Freitag abend im „Hof von Holland“ seine Jahresversammlung bei zahlreicher Beteiligung in echt turnerischer Weise ab. Der Vorsitzende Direktor Viehan begrüßte die Erschienenen und erstattete den Tätigkeitsbericht. Das vergangene Jahr war in der Hauptsache dem Aufbau gewidmet. Der Turnbetrieb konnte erst im Juni aufgenommen werden. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1919 nur 72 und war bis Ende des Jahres auf 200 gestiegen. Das ist ein ganzes Stück Arbeit gewesen. Der Verein beteiligte sich an dem Bezirksturnfest in Beeghausen, wo 19 Teilnehmer siegreich waren. Das Juwelenturnen ist auch wieder neu erstanden und zählt die Frauenabteilung über 40 Mitglieder. Die Weihnachtsoberfeier brachte über 700 Mark Nettogewinn, die dem Turnhallenaufbau zugewandt wurden. Der Bericht des Turnwarts brachte die Zahlen der Teilnehmer an den einzelnen Turnabenden, die gegen das letzte statistisch geführte Jahr 1913 gestiegen sind. Die alte Herrenabteilung ist wieder in Betrieb und die Gründung einer Leichtathletischen Abteilung erfolgt. Der Kassenbericht, erstattet von Kassierer Jung, ergibt an Einnahmen 918,78 Mk., an Ausgaben 954,60 Mk. Der Fehlbetrag von 35,82 Mk. wurde vom Sportfestenbuch gedeckt. Das Vereinsvermögen beträgt noch 177,73 Mk. Der Turnhallenaufbau ist auf 2647,30 Mk. gebracht und in Kriegsanleihe und auf dem Vorwärtsverein angelegt. Die Mitgliederzahl beträgt lt. Kassenbericht 223 und zwar 143 Mitglieder, 41 Jünglinge und 41 Damen. Kassierer Jung beantragte, ein besonderes Mitglied mit der Verwaltung des Turnhallenaufbaus zu betrauen. Zu Rechnungsprüfern wurden alsdann die Mitglieder Kassierer Jagmann und Heis Wiedel ernannt. Wiedel dankte dem Vorsitzenden für seine unermüdete Arbeit zum Nutzen des Vereins und der Turnhölle und brachte ein „Gut Heil“ auf ihn aus. Rektor Viehan dankte seinen übrigen unermüdeten Mitarbeitern im Vorstand. Kammer wurde zur Vorstandswahl gezeichnet, die folgendes Ergebnis zeitigte: Direktor Viehan, erster Vorst., Fritz Leumer, zweiter Vorst., Karl Jung, erster Kassierer, Heint. Vernerger, zweiter Kassierer, Wilhelm Henning, erster Turnwart, Ph. Meach, zweiter Turnwart, Meach, erster Schriftführer, Nachbauer, zweiter Schriftführer, Senft, erster Jugendwart, Bach, zweiter Jugendwart, H. Henning, erster Spielwart, H. Schreiber, zweiter Spielwart, Fritz Wiedel, Wanderwart, Ph. Wiffel, Long, Knoll und Schmidt zu Beisitzern und für die Damenabteilung Hel. Fild Jung. Turner Meach erstattete noch den Bericht vom Gauturntag in Limburg und Kassierer Jagmann berichtete über das Ergebnis der Rechnungsprüfung, nach welcher dem Kassierer Entlastung erteilt wird. Eine Sammlung für den Turnhallenaufbau ergibt 61,25 Mark. Nach kurzen Schlussworten des Vorsitzenden wurde dann zum geschäftlichen Teil übergegangen.

Jagd-Verpachtung.

Mittwoch, den 10. März 1920, mittags 1 Uhr wird die Jagdverpachtung in der Gemarkung Seelbach b. Nassau ca. 225 Hektar Feldjagd, 167 Hektar Waldjagd, vom 1. April ab auf weitere 9 Jahre auf hiesiger Bürgermeisterei öffentlich verpachtet.

Seelbach, den 21. Februar 1920.

Der Jagdvorsteher: Bruchhäuser.

Holzversteigerung.

Am Mittwoch, den 3. März, vormittags 10 Uhr anfangend, werden im Gemeindefeld, Distrikt Sonnenberg 7a, versteigert:

47 Nadelholzstämme — 9,55 fm.,
110 Nadelholzstangen 1. Klasse,
433 Nadelholzstangen 2. Klasse,
1346 Nadelholzstangen 3. Klasse,
855 Nadelholzstangen 4. und 5. Klasse.

Holzheim, den 26. Februar 1920.

Der Bürgermeister.

Seibel.

Holzversteigerung.

Samstag, den 6. März, nachmittags 3 Uhr kommen auf dem Bürgermeisterrat Redentoth, Bahnstation Michelbach, nachstehendes Stammholz öffentlich meistbietend zur Versteigerung:

ca. 200 fhm. erklaffige Kottannenstämme bis 30 Meter Länge,
ca. 30 fhm. Eichenstämme bis 76 fhm. Durchmesser,
ca. 9 fhm. Erlenstämme sowie 8 Baummeter Erlennaholz.

Der Bürgermeister.

Kadisch.

Verbrauchsmittel-Kont.

Verbrauchsmittelamt.

Der Magistrat.

Unfaystenerant.

Der Magistrat.

Kürstliche Oberförsterei.

Udenbach, Bürgermeister.

Der Bürgermeister: Scheid

Familie Peter Hermann.
Georg Buchler.

ohne Stein, ohne Reibung, jahrelang im Gebrauch, ohne Ersatzteil
sof. 10000 Stück u. mehr lieferbar. Off. u. Nr 757 d a. d. Geschäftsst.

BAD EMS, März 1920.

Mädchen
tagsüb. gef. Fotograf Spalte,
Gma.

Wifion.
Maffau.
Evangelifche Kirche
Donnerftag, den 4. März,
4 Ubr nachmittags: